

Südtirol | Alto Adige

# Politika12

| Jahrbuch für Politik  
| Anuario di politica  
| Anuar de politica

| Herausgegeben von – a cura di – dè fora da  
| Günther Pallaver

politika

Edizione  
RAETIA

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol  
sowie der Stiftung Südtiroler Sparkasse.

Stampato con il sostegno della Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige  
e della Fondazione Cassa di Risparmio.

Stampè cun i contribuè dla Provinzia Autonoma da Balsan – Südtirol  
y dla Fondaziun Cassa dl Sparagn

AUTONOME  
PROVINZ  
BOZEN  
SÜDTIROL



PROVINCIA  
AUTONOMA  
DI BOLZANO  
ALTO ADIGE



© Edition Raetia, © politika, Bozen 2012

Herausgegeben von politika – Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft  
A cura di politika – Società di Scienza Politica dell'Alto Adige  
Dè fora da politika – Sozietè de sciènza politica de Südtirol

Grafisches Konzept | Concetto grafico | Conzet grafich: Dall'O & Freunde  
Druckvorstufe | Prestampa | Prestampa: Typoplus  
Druck | Stampa | Stampa: Tezzele Print

ISBN-Druck 978-88-7283-413-8

ISBN-Pdf 978-88-7283-460-2

[www.raetia.com](http://www.raetia.com)

[www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it)

## Politika12

<b>1. Editorial</b>	
<i>Günther Pallaver</i> .....	8
<b>2. Die Ereignisse des Jahres</b>	
<b>Gli avvenimenti dell'anno</b> .....	19
<b>3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2011</b>	
<b>Saggio: Sintesi e interpretazione dell'anno politico 2011</b>	
<i>Alessandra Zendron: 2011 – L'Autonomia sudtirolese alla prova della crisi</i>	
<i>2011 – Die Bewährungsprobe für die Südtirol-Autonomie im Zeichen der Krise</i> .....	98
<b>4. 40 Jahre II. Autonomiestatut</b>	
<b>40 anni del II Statuto di autonomia</b>	
<i>Peter Hilpold: 20 Jahre Streitbeilegungserklärung – Gedankensplitter aus völkerrechtlicher Sicht</i> .....	167
<i>Francesco Palermo: Regione, Province e forse nuova Regione? Il pendolo di Foucault istituzionale dell'autonomia</i> .....	183
<i>Günther Pallaver: Transformationsprozesse der Südtiroler Autonomie 1972–2012. Konfliktlösungsmodell, Konkordanzdemokratie, Parteien</i> ...	205
<i>Hermann Atz: Gegeneinander, Nebeneinander oder Miteinander: Wie haben sich 40 Jahre Autonomiestatut auf das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol ausgewirkt?</i> .....	241
<i>Christoph Perathoner: Die ladinische Sprachgruppe in Südtirol und das Zweite Autonomiestatut</i> .....	269
<i>Roberta Medda-Windischer: Immigrazione e minoranze storico-tradizionali: la gestione della diversità delle nuove minoranze in Alto Adige/Südtirol</i> .....	307
<i>Martin Larch: Autonomie und Ökonomie: War die Selbstverwaltung ein Segen für die Wirtschaftsentwicklung? Möglich wär's.</i> .....	327
<i>Giuseppe De Cesare: Statuto di autonomia e radiotelevisione pubblica</i> ..	345

## 5. Außerhalb des Jahresthemas

### Altri temi

*Nadja Thoma:* „Das Deutschtum in Südtirol wird über kurz oder lang abgeschafft sein.“ Migrationsdiskurse der Südtiroler Freiheitlichen ----- 377

*Roland Benedikter, Kris Krois, Andreas Trenker:* Social Design per l'Alto Adige ----- 405

*Günther Lengauer/Günther Pallaver:* Jörg Haider als *Human Brand*. Die politische Marke und ihre Erfolgsfaktoren ----- 411

## 6. Politische Bildung

### Educazione politica

*Thomas Benedikter:* Ehrenamt im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement in Südtirol unterbewertet ----- 437

## 7. Rezensionen

### Recensioni

*Angelo d'Orsi:* L'Italia delle idee. Il pensiero politico in un secolo e mezzo di storia. (Joachim Gatterer) ----- 457

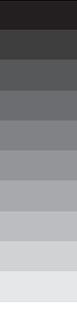
*Stefano Fait/Mauro Fattor:* Contro i miti etnici. Alla ricerca di un Alto Adige diverso. (Gabriele Di Luca) ----- 460

*Michael Thöndl:* Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „Konservativen Revolution“. (Günther Pallaver) ----- 464

*Thomas Benedikter (Hg.):* Den Grundsätzen treu geblieben. Alfons Benediktens Wirken für Südtirol im Spiegel der Erinnerung. (Günther Pallaver) ----- 468

## 8. AutorInnen

**Autori** ----- 472



## 1. Editorial

A series of horizontal dashed lines for writing.

## Vorwort

Südtirols Autonomie wird gerne als Vorzeigemodell für andere soziale Realitäten präsentiert, in denen sprachliche Minderheiten leben, weil es als ein äußerst erfolgreiches Konfliktlösungsmodell angesehen wird. Die Anwendung personaler Gewalt wurde weitgehend vermieden, ein negativer Frieden verwirklicht, die Konfliktregelung verrechtlicht und international verankert.

Die Verrechtlichung des Konflikts hatte dazu geführt, dass in der Vergangenheit die Autonomie Südtirols vor allem unter juristischen, aber auch unter historischen Gesichtspunkten analysiert wurde. Neben den geschichtlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungsschüben wurden vor allem völker- und verfassungsrechtliche Fragen aufgeworfen, die Weiterentwicklung der Autonomie auch gerne unter quantitativen Aspekten betrachtet, wenn die (neu hinzugewonnen) Kompetenzen aufgelistet und als politischer Erfolg im Spannungsverhältnis mit dem Zentralstaat präsentiert wurden (und werden).

In dieser Ausgabe des Jahrbuches 2012 wird das Zweite Autonomiestatut im Vergleich zum Ersten in erster Linie sozialwissenschaftlich untersucht. Dabei geht es nicht um normative Ansätze, *wie etwas sein soll*, sondern um die Analyse der sozialen Wirklichkeit, *wie etwas ist*.

Das Jahr 1972 bildete eine politische Zäsur, den Übergang von einer Regional- zu einer Landesautonomie. Das Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Bozen und Rom (aber auch Trient), wurde schrittweise durch das Spannungsverhältnis innerhalb der Autonomie, die *Außenpolitik* durch die *Innenpolitik* ergänzt.

Innerhalb dieser 40 Jahre seit dem Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts haben sich gewaltige soziale und politische Umbrüche vollzogen. Um nur zwei zu nennen: das Ende des Kalten Krieges und somit des Ost-West-Konfliktes und der

europäische Erweiterungs- und Integrationsprozess, verbunden mit dem Schengener-Abkommen und der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Allein diese beiden historischen Einschnitte haben das Leben in Europa radikal geändert und damit auch Auswirkungen auf Südtirols Autonomie gehabt.

Mit der Streitbeilegung im Jahre 1992 hat die Entwicklung der Autonomie keinen Abschluss gefunden, sondern sie bildete den Ausgangspunkt für die *dynamische Autonomie*. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat der Forderung nach Sezession neuen Auftrieb gegeben, den *Slowenischen Weg* auch in Bozen attraktiv gemacht. Die Neugründung von Staaten auf dem Balkan im Zuge der Implosion Jugoslawiens, begleitet von blutigen Kriegen, gibt der Bewegung für die Selbstbestimmung im Sinne der Sezession, der Rückkehr zu Österreich oder im Sinne eines nicht näher definierten Freistaates neuen Antrieb. Als Reaktion auf die schwer vorstellbare Forderung nach *äußerer Selbstbestimmung* wird die Forderung nach *Vollautonomie* im Sinne der *inneren Selbstbestimmung* erhoben. Dabei wird gerne übersehen, dass das politische Zepter heute längst nicht mehr in den Händen der Nationalstaaten liegt, sondern in jenen der Europäischen Union, die vom Grundsatz ausgeht, dass Grenzen innerhalb der Union nicht verschoben oder neu errichtet, sondern, wenn schon, beseitigt werden.

Neben diesen *äußeren* Entwicklungen haben die *internen* Entwicklungen im Lande selbst an Bedeutung immer mehr zugenommen, haben Autonomie-intern tiefgreifende Transformationsprozesse stattgefunden, hat die Implementierung der Autonomie neue soziale Realitäten geschaffen. Dies betrifft den informellen Sektor wie etwa das Zusammenleben der Sprachgruppen genauso wie den formellen Sektor, ausgedrückt etwa im Regieren mittels Inklusion aller im Statut vorgesehenen Sprachgruppen. Dass vor 40 Jahren Nicht-EU-BürgerInnen in die Logik der Inklusion nicht mit einbezogen worden sind, weist bereits auf solch eine tiefgreifende Änderung unter vielen anderen hin, die es im Laufe der letzten Jahrzehnte gegeben hat und die von außen gekommen sind. Umgekehrt haben Wertewandel, die gestiegene Mobilität der Personen, das höhere Bildungsniveau und die neuen Kommunikationssysteme und Kommunikationsmittel eine lange Reihe von zusätzlichen Änderungen herbeigeführt, die von innen gekommen sind.

Die AutorInnen, die sich in diesem Jahrbuch mit Südtirols Zweitem Autonomiestatut auseinandersetzen, beschäftigen sich mit institutionellen Fragen, mit Fragen des politischen Systems und der politischen Akteure, mit der Entwicklung innerhalb und zwischen den Sprachgruppen, mit einigen Säulen des Autonomiestatuts, mit Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sowie mit Fragen des Kommunikationssystems. Der Vergleich mit dem Beginn der Autonomiezeit vor 40 Jahren bringt

wertvolle Erkenntnisse und betrifft die Ordnung und somit den Handlungsrahmen der Politik (polity), die Gestaltung und damit die inhaltliche Dimension der Politik (policy) sowie die Durchsetzung und somit den Prozess des Politikgestaltens (politics).

Beispielhaft soll auf drei solcher Änderungen hingewiesen werden, die das soziale und politische Leben in Südtirol wesentlich geprägt haben. So ist die einst *dominierte* Minderheit zu einer *dominanten* geworden und hat die Machtverhältnisse unter den Sprachgruppen auf den Kopf gestellt. Die *personelle* Autonomie für die autochthonen Minderheiten in Südtirol ist zu einer *territorialen* Autonomie ausgeweitet worden. Das war die Autonomie im Kern bereits bei der Verabschiedung des Ersten Autonomiestatuts im Jahre 1948, aber die politische Wahrnehmung und politische Akzeptanz dieser neuen sozialen Realität, die alle vom Statut anerkannten Sprachgruppen im Lande (zumindest formal) auf gleiche Augenhöhe brachte, setzte erst mit der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts ein. Und schließlich: Von den Parteien, die sich 1972 bei der Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts in der politischen Arena bewegten, hat nur eine die letzten 40 Jahre überlebt.

Wenn heute Südtirols Autonomie gern als Vorzeigemodell für andere soziale Realitäten präsentiert wird, in denen ethnische Konflikte herrschen, dann lässt sich wahrscheinlich weniger das institutionelle Modell als vielmehr der Prozess *exportieren*, der zu dieser Autonomie geführt hat. Dieser Prozess war (im Wesentlichen) gewaltlos, hat den Weg der Legalität nie verlassen, beruhte auf dem Prinzip der maximalen Inklusion aller betroffenen Akteure und der Verhandlungsdemokratie und maß dem Faktor Zeit eine wichtige Funktion zu, um nur die wichtigsten Kernpunkte des Konfliktlösungsprozesses aufzulisten. Auch wenn der politische Prozess vom politischen Inhalt nicht losgelöst betrachtet werden kann, auch wenn die äußeren Rahmenbedingungen (z. B. UNO, europäischer Integrationsprozess) eine wichtige Rolle gespielt haben, so liegt der innovative Charakter der Autonomie und damit des Zweiten Autonomiestatuts in seiner Vorbildfunktion für andere soziale Realitäten gerade in der Politikgestaltung, die als politischer Prozess zwar immer mit Konflikt verbunden ist, aber einen gemeinsamen, von allen im Lande lebenden Sprachgruppen und darüber hinaus involvierten Akteuren akzeptierten Grundkonsens gefunden hat, der auf den Prinzipien der Demokratie beruht.

*Günther Pallaver*

*Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft*

## Prefazione

L'autonomia dell'Alto Adige viene spesso presentata come esempio per altre realtà sociali in cui vivono minoranze linguistiche, perché considerata un modello estremamente efficace nella risoluzione dei conflitti etnici. L'uso della forza individuale venne quasi del tutto evitato, una condizione di "pace negativa" venne messa in pratica, il regolamento del conflitto venne corredato da tutele giuridiche e ancorato internazionalmente.

La giuridicizzazione del conflitto ha fatto sì che in passato l'autonomia dell'Alto Adige venisse analizzata soprattutto in chiave giuridica o storica. Accanto alle condizioni storiche e alle spinte dello sviluppo vennero avanzate soprattutto questioni etniche e costituzionali; l'ulteriore sviluppo dell'autonomia venne considerato di buon grado sotto aspetti quantitativi, ad esempio quando le (nuove) competenze venivano (e vengono) elencate e presentate come successo politico nella tensione con lo Stato centrale.

In questa edizione dell'annuario 2012 il secondo Statuto di autonomia viene analizzato in relazione al primo, innanzitutto in chiave politologica. Il confronto, tuttavia, non è impostato sugli aspetti normativi, come "qualcosa dovrebbe essere", ma sull'analisi della realtà sociale.

Il 1972 costituì una cesura politica, il passaggio da un'autonomia regionale a un'autonomia provinciale. Alla tensione tra Bolzano e Roma (ma anche Trento) si aggiunse gradualmente la tensione interna all'autonomia; la "politica estera" venne integrata dalla "politica interna".

In questi quarant'anni dall'entrata in vigore del secondo Statuto di autonomia si sono verificati significanti capovolgimenti sociali e politici. Per citarne solo due: la fine della Guerra Fredda e quindi del conflitto Est-Ovest e il processo di allargamento e di integrazione europea legato all'Accordo di Schengen e all'introduzione

della moneta unica europea. Queste svolte storiche hanno modificato radicalmente la vita in Europa e, di riflesso, hanno avuto effetti sull'autonomia altoatesina.

Con la quietanza liberatoria del 1992 lo sviluppo dell'autonomia non ha però incontrato la sua conclusione; il rilascio della quietanza ha rappresentato semmai il punto di partenza per una nuova "autonomia dinamica". La fine del conflitto Est-Ovest ha dato nuovo impulso alla richiesta di secessione, rendendo attrattiva anche a Bolzano la "via slovena". La fondazione di nuovi Stati nei Balcani a seguito dell'implosione della Jugoslavia, accompagnata da guerre sanguinose, ha dato nuovo slancio al movimento per l'autodeterminazione nel senso di una secessione o di un ritorno all'Austria, oppure nel senso di uno Stato libero, anche se non precisamente definito. Come reazione a richieste difficilmente realizzabili di una "autodeterminazione esterna" è stata avanzata la richiesta di una "autonomia piena", nel senso di una "autodeterminazione interna". Contemporaneamente si è imposta la considerazione che lo scettro politico non sia più da tempo nelle mani degli Stati nazionali, ma in quelle dell'Unione Europea, il cui principio base sta nel ritenere che i confini interni non saranno spostati o ricostruiti bensì rimossi.

Accanto a questi sviluppi "esterni" sono cresciuti di importanza quelli "interni" alla Provincia stessa; hanno avuto luogo profondi processi di trasformazione interni all'autonomia, la sua implementazione ha dato vita a nuove realtà sociali. Questa evoluzione ha riguardato il settore informale, come la convivenza dei gruppi linguistici, così come il settore formale, ad esempio l'amministrare in virtù dell'inclusione di tutti i gruppi linguistici previsti dallo Statuto. Il fatto che, quarant'anni fa, cittadini non UE non siano stati compresi nella logica dell'inclusione, è già indice di un profondo cambiamento tra i tanti, giunti dall'esterno, che si sono verificati nel corso degli ultimi decenni. Viceversa, il cambiamento dei valori e la crescente mobilità delle persone, il maggiore livello di istruzione, i nuovi sistemi e mezzi di comunicazione hanno dato vita a una lunga serie di cambiamenti aggiuntivi, questa volta provenienti dall'interno.

Gli autori e le autrici che in questo annuario si confrontano con il secondo Statuto di autonomia, si occupano di questioni istituzionali, di questioni legate ai sistemi e ai personaggi politici, dello sviluppo tra e all'interno dei gruppi linguistici, di alcuni pilastri dello Statuto di autonomia, di economia e politica economica così come del sistema di comunicazione. Il confronto con l'inizio del viaggio dell'autonomia quarant'anni fa apporta conoscenze preziose e coinvolge l'ordinamento, quindi il problema del potere e delle istituzioni (politics), la politica nella società (policy) ed il problema della comunità politica organizzata (polity).

A titolo di esempio vanno segnalati tre di questi cambiamenti che hanno forgiato considerevolmente la vita sociale e politica in Alto Adige. La minoranza un tempo “dominata” è diventata quella “dominante” e ha capovolto i rapporti di potere tra i gruppi linguistici. L’autonomia personale delle minoranze autoctone si è trasformata in un’autonomia territoriale. Quest’ultima costituiva il cuore dell’autonomia già al tempo del varo del primo Statuto nel 1948, ma la percezione e la disponibilità politica verso questa nuova realtà sociale, che ha portato tutti i gruppi linguistici della Provincia (almeno formalmente) allo stesso livello, si è insediata solo con il secondo Statuto di autonomia. E infine: tra i partiti che nel 1972, al tempo del secondo Statuto di autonomia, si muovevano nell’arena politica solo uno è sopravvissuto negli ultimi 40 anni.

Se oggi l’autonomia dell’Alto Adige viene spesso presentata come modello per altre realtà sociali in cui sono presenti conflitti etnici, è probabile che sia il processo stesso che ha portato all’autonomia, più che il modello istituzionale, a presentarsi come idea da esportare. Questo processo è stato (essenzialmente) non violento, non ha mai abbandonato la via della legalità, si è basato sul principio della massima inclusione di tutti i protagonisti coinvolti e della democrazia consociativa e ha attribuito al fattore tempo una funzione importante per elencare soltanto i punti fondamentali del processo di risoluzione del conflitto. Anche se il processo politico non può essere considerato separatamente dal contenuto politico, anche se le condizioni esterne (ad esempio l’ONU, il processo di integrazione europea) hanno giocato un ruolo importante, il carattere innovativo dell’autonomia, e quindi del secondo Statuto di autonomia, sta nella sua funzione di modello per altre realtà sociali proprio quanto a formulazione della politica. Una formulazione che, come processo politico, comporta sempre un conflitto, ma che ha trovato un consenso generale, approvato da tutti i gruppi linguistici residenti in provincia e che poggia sui principi della democrazia.

*Günther Pallaver*

*Presidente della Società di Scienza Politica dell’Alto Adige*

## Parores danfora

L'autonomia de Südtirol vëgn ion presentada sciöche model d'ejëmpl por d'atres realtês soziales olach'al vir mendranzes linguistiches, deache ara vëgn odüda sciöche n model de suzès por la soluziun de conflic. L'utilisaziun dl forza personala cuntra d'atri é gnüda en buna pert evitada, al é gnü realisé na pêsc zënza veres o revoluziuns, la regolaziun di conflic é gnüda definida iuridicamënter y ancorada a nivel internaziunal.

La definiziun por lege dl conflit à portè pro che l'autonomia de Südtirol gniss tl tëmp passè analisada dantadöt dal punt d'odüda iuridich, mo incé da puné d'odüda dla storia. Dlungia les condiziuns de cornisc y svilups storic é dantadöt gnü sciuré sö chestiuns che à da nen fà cun i dèrc di popui y cun le dèrt costituzional, le svilup inant dl'autonomia é incé gnü conscidré ion dal punt d'odüda dla cuantité, canche les competënzes (che é gnüdes laprò) gnô (y vëgn) compedades sö y presentades sciöche suzès politic tl raport de tenjiun cun le Stat zentral.

Te chësta ediziun dl anuar 2012 vëgnel analisé le Secundo Statut d'autonomia en confrunt cun le Pröm, dantadöt dal punt d'odüda sozial-scientifich. Chilò nen vara nia de chestiuns normative, sciöche „valch dess ester“, mo dl'analisa dla realté soziala, „sciöche valch é“.

L'ann 1972 à formè na zesöra politica, le passaje da n'autonomia regionala a n'autonomia provinziala. Le raport de tenjiun danter zënter y periferia, danter Bal-san y Roma (mo incé Trënt) é vare por vare gnü integré col raport de tenjiun al intern dl'autonomia, la „politica estera“ cun la „politica interna“.

Te chisc 40 agn dala jüda en forza dl Secundo Statut d'autonomia é gnü atüè mudamëné soziai y politics enorms. Ma da nen nominé dui: la fin dla „Vera Frëida“ y insciö dl conflit danter ost y vest, le prozès de ampliament y de integraziun europeich, lié cun l'Acordanza de Schengen, y l'introduziun de na valüta sóra por

l'Europa. Bele ma chisc dui intervencé storicis à mudé radicalmënter la vita tl'Europa y à porchël incé albü efeé sön l'autonomia de Südtirol.

Cun la Detlaraziun de stlütta dl strit danter l'Austria y la Talia dl 1992 ne s'è le svilup dl'autonomia nia rové; ara é stada le punt inizial por l'„autonomia dinamica“. La fin dl conflit danter ost y vest ti à indô dè forza nöia ala ghiranza de na sezesciun, ara à fat diventè atratif le „tru dla Slovenia“ incé a Balsan. La fondaziun nöia de staé ti Balcans tres l'implojiun dla Iugoslavia, acompagnada da veres insangonades, ti da n impuls sterch al movimënt por l'autodeterminaziun tl significat de sezesciun, de jì zoruch sot al'Austria o tl significat de n stat lède nia definì plü avisa. Sciöche reaziun ala ghiranza de na „autodeterminaziun defora“ (dal Stat talian), che é ria da podèi s'imaginé, vëgnel ghiré na „autonomia plëna“ tl significat de na „autodeterminaziun daîte“ (dal Stat talian). Cun chësc survëigon ion, che la bachëta n'é bele dî nia plü tles mans di staé nazionai, mo te chëres dl'Uniun Europeica, che pëia ia dal prinzip che i confins interns dla Uniun ne vëgn nia sposta o metüs sö danü, mo scinacajo tué demez.

A pèr chisc svilups „externs“ à i svilups „interns“ ciafè tres plü importanza tla provinzia, tl'autonomia él gnü a s'al dè prozesc de trasformaziun che va a funz. L'implementaziun dl'autonomia à cherié realtês soziales nöies. Chësc reverda le setur informal, sciöche la conviënza di grups linguistics, avisa tanco le setur formal, manifestè tres l'intlujiun tl govern de düc i grups linguistics preodüs tl Statut. Le fat ch'al n'é dan da 40 agn nia gnü tignì cunt de zitadins extra-europeics pro la logica dl'intlujiun, indichëia bele öna na mudaziun danter tröpes che va a funz, che é gnüdes a s'al dè ti ultimi dezenns y che é gnüdes da defora. Dl ater vers à le mudamënt di valurs, l'aumënt dla mobilité dles porsones, le level de formaziun plü alt y i systems y i mesì nüs de comunicaziun portè pormez na ligna de mudaziuns che é gnüdes da daîte.

I auturs y les auturies che s'ocupëia te chësc anuar dl Secundo Statut d'autonomia de Südtirol, se da jö cun chestiuns istituzionales, cun chestiuns che à da nen fà cun le sistem politic y i aturs politics, cun le svilup ti y danter i grups linguistics, cun n valgönes colones dl Statut d'autonomia, cun economia y politica economica, sciöche incé cun chestiuns che reverda le sistem de comunicaziun. Le confrunt cun le scomenciämënt dl „iade dl'autonomia“ dan da 40 agn porta conoscënzes de valüta y reverda l'ordinamënt, y porchël le cheder d'aziun dla politica (polity), la composiziun y insciö la dimenjiun di contignüs dla politica (policy), porchël incé le prozès dl'organisaziun politica (politics).

Sciöche ejëmpl déssel gnì mostrè sö trëi de chëstes mudaziuns, che à influenzè dassënn la vita soziala y politica te Südtirol. Insciö é la mendranza che ê n iade

„dominada“ deventada „dominanta“ y à sciurè sotissura i raporé dl podèi danter i grups linguistics. L'autonomia „personala“ por les mendranzes autoctones te Südtirol é gnüda slariada fora, deventan n'autonomia „teritoriala“. Tla sostanza ê chësta bele l'autonomia do l'aprovaziun dl Pröm Statut d'autonomia dl 1948, mo la perzeziun politica y l'azetanza politica de chësta realté sozuala nöia, che metô düc i grups linguistics reconesciüs tl Statut (almanco formalmänter) al medemo livel, à impormò branéc cun l'atuaziun dl Secundo Statut d'autonomia. Y ala fin: di partis che ê atifs tl ciamp politich canch'al é gnü aprovè le Secundo Statut d'autonomia, nen n'él ma stè un su che à suravit i ultims 40 agn.

Sce l'autonomia de Südtirol vëgn incö presentada ion sciöche model d'ejèmpl por d'atres realtês soziales, olach'al vëgn dant conflic étnics, spo él bunamënter plü ri da „esportè“ le model istituzional, co plütosc le prozès, che à portè a chësta autonomia. Chësc prozès é stè (en sostanza) zënza violënza, al n' à mai arbandonè le tru dla legalité, al s' à dagnora basè sön le prinzip dla mascima intlujiun de düc i aturs interessà y dla democrazia dla tratativa y ti à incè atribui al fatur tēmp na funziun importanta, ma por compedè sö i puné zentrali plü importané dl prozès de soluziun di conflic. Incè sce le prozès politich ne po nia gnì conscidré demez dal contignü politich, incè sce les condiziuns de cornisc esternes (p.ej. UNO, prozès d'integrasiun europeica) à albü na pert importanta, é le carater inovatif dl'autonomia y insciö dl Secundo Statut d'autonomia da ciafè, te süa funziun de model por d'atres realtês soziales, avisa tl'organisaziun politica, che é sciöche prozès politich dagnora liada cun conflic, mo che à ciafè n consens coletif, che vëgn azetada da düc i grups linguistics che vir tla provinzia y da düc i aturs interessà incè defora dai confins, che se basëia sön i prinzipls dla democrazia.

*Günther Pallaver*

*Presidēt dla Sozieté de sciënza politica de Südtirol*



**2. Die Ereignisse des Jahres**  
**Gli avvenimenti dell'anno**

A series of horizontal dashed lines for writing.

# 2011: Die Ereignisse des Jahres

Zusammengestellt von Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Eva Fischer, Maximilian Ghetta, Harald Knoflach, Thomas Ohnewein, Gebhard Platter, Harald Plieger, Johanna Prader, Arnold Sorg

## Januar

**1. Januar.** Konrad Pfitscher wird Präsident des Wohnbauinstituts (WOBI) und löst damit Albert Pürgstaller ab, der nach dem Skandal, der zur Verhaftung von zwei leitenden Beamten geführt hat, zurückgetreten ist.

**2. Januar.** Laut einer Umfrage der „Tiroler Tageszeitung“ sind 64 Prozent der Tiroler gegen eine Wiedervereinigung mit Südtirol. Die Anzahl der Befürworter ist damit im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres um 10 Prozent gesunken.

**4. Januar.** SVP-Parteiboss Richard Theiner und Landeshauptmann Luis Durnwalder stellen das politische Programm der SVP für 2011 vor. Die politische Linie der „Blockfreiheit“ wird dabei bestätigt.

Das Regionale Verwaltungsgericht fordert das Land auf, den Landtagsabgeordneten Hans Heiss und Riccardo Della Sbarba (Grüne) Einsicht in die Gesellschaftsverträge zwischen SEL, Enel und Edison zu gewähren. Das Urteil bestätigt das Kontrollrecht der Landtagsabgeordneten über die Aktivitäten der beteiligten Vertragspartner.

**5. Januar.** Endlos-Sitzung des Ausschuss-Mehrheit Bozens: Mit 100 Tagen Verspätung nimmt der Stadtrat das 14 Seiten lange Programm für die Legislaturperiode an. Es unterzeichnen: SVP, PD, Grüne, Projekt Bozen, Sel, Socialisti (SDI), Rifondazione comunista, Italia dei valori. Auch Udc und Unione per Bolzano, welche einen eigenen Bürgermeisterkandidaten gestellt haben, setzen ihre Unterschrift darunter.

**10. Januar.** Stefan Pan, Präsident des Unternehmerverbandes, legt das Südtiroler Manifest für eine nachhaltige Entwicklung vor. Die Industriellen fordern Maßnahmen zur Verstärkung der Mehrsprachigkeit und zur Ankurbelung der Innovation.

# 2011: Gli avvenimenti dell'anno

A cura di Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Eva Fischer, Maximilian Ghetta, Harald Knoflach, Thomas Ohnewein, Gebhard Platter, Harald Plieger, Johanna Prader, Arnold Sorg

## Gennaio

**1° Gennaio.** Konrad Pfitscher diventa Presidente dell'Istituto per l'Edilizia Sociale (IPES) al posto di Albert Pürgstaller dimessosi in seguito allo scandalo che ha portato all'arresto di due dirigenti dell'istituto.

**2 Gennaio.** Secondo un sondaggio della "Tiroler Tageszeitung" il 64 per cento dei tirolesi è contrario alla riunificazione con il Sudtirolo. Rispetto allo stesso periodo dello scorso anno il numero dei favorevoli è calato del 10 per cento.

**4 Gennaio.** L'Obmann della Svp Richard Theiner e il Presidente della Provincia Luis Durnwalder presentano il programma politico della Svp per il 2011. Ribadita la linea della "Blockfreiheit" del partito.

Il Tar impone alla Provincia di consegnare gli accordi parasociali tra Sel (Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft), Enel ed Edison ai consiglieri provinciali Hans Heiss e Riccardo Dello Sbarba (Verdi). La sentenza sancisce il diritto di controllo dei consiglieri sull'attività delle partecipate.

**5 Gennaio.** Riunione fiume della maggioranza comunale di Bolzano: con cento giorni di ritardo viene approvato un documento di 14 pagine con il programma di giunta per la legislatura. Il documento è sottoscritto da Svp, Pd, Verdi, Projekt Bozen, Sel, Socialisti, Rifondazione comunista, Italia dei valori. Firmano anche l'Udc e l'Unione per Bolzano che alle elezioni avevano un proprio candidato sindaco.

**10 Gennaio.** Il Presidente di Assoimprenditori Stefan Pan presenta il manifesto per lo sviluppo. Gli industriali chiedono misure per rafforzare il plurilinguismo e rilanciare l'innovazione.

Die Zeitung „Il Sole 24 ore“ veröffentlicht eine Rangordnung der beliebtesten Bürgermeister Italiens: Luigi Spagnolli holt 22 Plätze auf, bleibt aber auf dem 84. Platz stehen. Auf dem achten Platz ist der Bürgermeister von Trient, Alessandro Andreatta.

Die iranische Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wird von einem iranischen Gerichtshof zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2008 hat sie den Preis der Organisation Human-Rights-International erhalten, aber das Regime hat ihr untersagt zur Verleihung nach Bozen zu kommen.

**11. Januar.** Hanspeter Munter kehrt in den Landtag zurück: Der Direktor des Landesverbandes der Handwerker folgt auf den verstorbenen Sepp Lamprecht. SVP-Parteiobermann Richard Theiner bittet ihn offiziell darum, auf die Ämterhäufung zu verzichten.

Der Landtag von Belluno ebnet mit 21 Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen den Weg für ein Referendum über den Anschluss der Provinz an die Region Trentino-Südtirol. Das Komitee „Belluno Autonomia Dolomiti“ hat zur Unterstützung dieser Einbringung 17.500 Unterschriften gesammelt.

**12. Januar.** Der Landtag nimmt den Bericht der Untersuchungskommission über den WOBI-Skandal zur Kenntnis. Das Dokument, das von der Opposition mitgetragen wurde, hebt den Mangel an Kontrollen hervor. Der Verwaltungsrat des WOBI wirft der Untersuchungskommission in einem Brief an den Landtagspräsidenten Dieter Steger vor, sich von den Medien beeinflussen lassen zu haben.

CGIL/AGB, CISL/SGB, UIL/SGK und ASGB treffen den Landesverband der Handwerker. Gewerkschaften und LVH bemühen sich um die Neubelebung einer „Sozialpartnerschaft“.

Georg Zelger (SVP) wird Urbanistik-Stadtrat in Leifers und folgt damit auf Georg Forti, der nach den Polemiken um die Sportzone im November 2010 zurückgetreten ist. Robert Tezzele rückt für Georg Zelger in den Gemeinderat nach.

**13. Januar.** In der Fernsehsendung „Otto e mezzo“ von Lilli Gruber, welche sich dem *legittimo impedimento* (rechtmäßige Verhinderung des Ministerpräsidenten und der Minister am Erscheinen zur Strafverhandlung) widmet, sagt Michaela Biancofiore (PdL): „Ein Staatsanwalt hat mir das Gesetz zum *legittimo impedimento* empfohlen.“

**15. Januar.** Auf dem Fest des Partito Democratico in Folgaria diskutieren die Führungsspitzen der Partei von Bozen und Trient über die Zukunft der Autonomie.

Il “Sole 24 ore” pubblica la graduatoria dei sindaci più graditi d’Italia: Luigi Spagnoli recupera 22 posizioni, ma si ferma all’84esimo posto. Ottavo il primo cittadino di Trento Alessandro Andreatta.

L’avvocato iraniano Nasrin Sotoudeh viene condannata a sei anni di carcere da un tribunale della Repubblica islamica: nel 2008 aveva ricevuto il premio dell’Associazione Human Rights International, ma il regime le aveva impedito di venire a Bolzano a ritirare il premio.

**11 Gennaio.** Hanspeter Munter torna in Consiglio provinciale: il Direttore dell’APA (Associazione Provinciale Artigianato) subentra al defunto Seppi Lamprecht. L’Obmann della Svp Richard Theiner gli chiede ufficialmente di rinunciare al doppio incarico.

Il Consiglio provinciale di Belluno, con 21 voti favorevoli e due contrari, dà il via libera al referendum popolare per l’annessione della Provincia al Trentino-Alto Adige. A sostegno della proposta il comitato “Belluno Autonomia Dolomiti” ha raccolto 17.500 firme.

**12 Gennaio.** Il Consiglio provinciale prende atto della relazione della commissione d’inchiesta sullo scandalo IPES. Il documento, votato anche dall’opposizione, evidenzia l’avvenuta mancanza di controlli. In una lettera indirizzata al Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger il Cda dell’IPES accusa la commissione di essersi lasciata influenzare dai media.

Cgil, Cisl, Uil e ASGB incontrano Assoimprenditori. Sindacati e industriali si impegnano a rilanciare la “Sozialpartnerschaft”.

Georg Zelger (Svp) diventa assessore all’urbanistica di Laives al posto di Georg Forti, dimessosi a novembre per le polemiche sulla cittadella dello sport. Al suo posto entra in consiglio Robert Tezzele.

**13 Gennaio.** Nella trasmissione “Otto e mezzo” di Lilli Gruber dedicata al legittimo impedimento la deputata Michaela Biancofiore (Pdl) annuncia: “un PM mi ha suggerito la norma sul legittimo impedimento”.

**15 Gennaio.** Alla festa democratica di Folgaria i vertici del Pd di Bolzano e di Trento si confrontano sul futuro dell’autonomia.

**17. Januar.** Erster Entwurf einer Einigung der Landesregierung über das Einwanderungsgesetz: Wer Anspruch auf Sozialleistungen haben will, muss in Zukunft fünf Jahre im Land gelebt und drei Jahre hier gearbeitet haben.

**18. Januar.** Eine Gruppe von lokalen und nationalen Umweltschutzorganisationen, darunter WWF, CAI und CIPRA, bittet in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, das Dekret, mit welchem die Verwaltung des Nationalparks Stilfser Joch an die Provinz übertragen werden soll, nicht zu unterschreiben.

**19. Januar.** Das Halteverbot der österreichischen und deutschen Züge, abgesehen vom Endbahnhof, gelangt in die Abgeordnetenkammer. Der SVP-Abgeordnete Siegfried Brugger protestiert wegen der dadurch entstandenen Unannehmlichkeiten für Touristen und Pendler. Minister Matteoli entgegnet, dass das von der italienischen Schienenregulierungsbehörde verfügte Halteverbot legitim sei.

**20. Januar.** Die erste gesetzgebende Kommission des Landtags behandelt die Gesetzesentwürfe über die Toponomastik. Während die Gesetzesentwürfe der Grünen und der Süd-Tiroler Freiheit abgelehnt werden, wird über den Gesetzesentwurf der SVP intensiv diskutiert. Die Landesräte Alessandro Urzi, Maurizio Vezzali und Donato Seppi fordern ein Treffen aller italienischer Parteien, um den Vorstoß der SVP zu stoppen.

Der Exekutivausschuss des LVH nimmt den Antrag auf politischen Wartestand von Hanspeter Munter an. Auf ihn folgt der bisherige Vizedirektor Thomas Pardeller.

Die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ veröffentlicht die Liste der acht Verwaltungsräte, in denen der neue Präsident des WOBI, Konrad Pfitscher, sitzt, während das Landesgesetz 12/2007 nur den Sitz in höchstens drei Verwaltungsräten vorsieht.

**21. Januar.** Im Gadertal beginnt das Gipfeltreffen der EU-Außenminister, das von Franco Frattini organisiert wurde. Am Gipfeltreffen nimmt auch die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außenpolitik, Catherine Ashton, teil.

Der SVP-Abgeordnete Siegfried Brugger kündigt an, dass die SVP ein Misstrauensvotum gegen den Minister für Kulturgüter, Sandro Bondi, abgeben wird.

Konrad Pfitscher kündigt an, einige Sitze in Verwaltungsräten aufzugeben, um die Präsidentschaft des WOBI weiter innehaben zu können.

**22. Januar.** Im Gadertal diskutieren die Außenminister über die Aufstände in Nordafrika. Auch in Bozen demonstrieren die Tunesier gegen die Unterdrückung durch das Regime Ben Ali.

**17 Gennaio.** Prima bozza di accordo in Giunta provinciale sulla legge sull'immigrazione: accanto al limite dei 5 anni di residenza per accedere ai servizi sarà inserito anche il limite di 3 anni di lavoro.

**18 Gennaio.** Un gruppo di associazioni ambientaliste locali e nazionali, tra cui Wwf, Cai e Cipra, scrive al Capo dello Stato Giorgio Napolitano. Nella lettera si chiede di non firmare il decreto sulla provincializzazione del Parco dello Stelvio.

**19 Gennaio.** Il divieto di fermata intermedia per i treni austriaci e tedeschi approda alla Camera. Il deputato Svp Siegfried Brugger protesta per i disagi arrecati a turisti e pendolari. Il ministro Matteoli replica che il divieto di fermata intermedia imposto dalle ferrovie italiane è legittimo.

**20 Gennaio.** La prima commissione legislativa del Consiglio provinciale tratta i disegni di legge sulla toponomastica. Bocciati i disegni di legge di Verdi e di Süd-Tiroler Freiheit mentre il ddl della Svp passa alla discussione articolata. I consiglieri Alessandro Urzì, Maurizio Vezzali e Donato Seppi chiedono un vertice di tutti i partiti italiani per fermare il blitz della Svp.

La Giunta esecutiva dell'APA approva la richiesta di aspettativa di Hanspeter Munter. Gli subentra Thomas Pardeller.

La "Neue Südtiroler Tageszeitung" pubblica l'elenco degli otto Cda in cui siede il neopresidente dell'IPES Konrad Pfitscher mentre la legge provinciale 12/2007 ne prevede un massimo di tre.

**21 Gennaio.** In Val Badia si apre il vertice dei Ministeri degli esteri della UE sulla neve organizzato da Franco Frattini. Al summit anche l'alta rappresentante della politica estera UE, Catherine Ashton.

Il deputato Svp Siegfried Brugger annuncia che la Svp voterà la mozione di sfiducia al Ministro dei Beni culturali Sandro Bondi.

Konrad Pfitscher annuncia che lascerà alcuni Cda per mantenere la presidenza dell'IPES.

**22 Gennaio.** In Alta Badia i ministri degli esteri si confrontano sulla rivolta esplosa in Nord Africa. Anche a Bolzano i tunisini scendono in piazza contro la repressione imposta dal regime di Ben Ali.

**24. Januar.** Die Landesregierung nimmt den Beschluss zur Begrenzung der Laufzeit von Verträgen der Direktoren in Landesbetrieben und Betrieben mit Landesbeteiligung an.

Die SVP gibt die vorgezogene Entscheidung des SVP-Abgeordneten Siegfried Brugger bekannt: Die Partei werde eine Misstrauensstimme gegenüber Bondi abgeben, der verantwortlich dafür ist, dass die Geldmittel für die Restauration des Siegesdenkmals freigegeben wurden. Durnwalder erklärt der Ansa, dass der Minister ein Signal geben muss, wenn er das Vertrauen haben will. Wenige Stunden danach kommt die Antwort Bondis: Man werde in einen Dialog treten, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

**25. Januar.** Angesichts des Misstrauensantrags kommt es zu umfangreichen Verhandlungen zwischen Bondi und der SVP. Daran beteiligt ist auch der Parteivorsitzende des PdL in der Abgeordnetenkammer, Fabrizio Cicchitto.

**26. Januar.** Wenige Stunden vor dem Misstrauensvotum erhält Durnwalder einen Brief von Bondi: Die Arbeiten am Siegesdenkmal werden unterbrochen, der Weg für die Verlagerung des Mussolini-Reliefs auf dem Gerichtsplatz und des Alpini-Denkmal in Brunneck frei gemacht, das Ok für die erläuternden Texttafeln bei den Beinhäusern gegeben. Die SVP jubelt, die lokalen Mitte-rechts-Parteien protestieren: „Unsere Regierung hat uns betrogen.“ Auch der PD kritisiert das Übereinkommen. Bondi erhält die Vertrauensstimmen der SVP, aber diese sind nicht entscheidend.

Landesrat Roberto Bizzo (PD) stellt das Einwanderungsgesetz vor: Die Pflicht der dreijährigen Berufstätigkeit im Land fällt weg, weil sie mit den staatlichen Normen nicht vereinbar ist. Das Zentrum für Antidiskriminierung wird unter die direkte Kontrolle des Landes gestellt. Kritik kommt von den Organisationen der Einwanderer.

**27. Januar.** Der Bondi-Brief wird zu einem nationalen Fall. Auch Alessandra Mussolini und der Parteivorsitzende des PdL im Senat, Maurizio Gasparri, stellen sich gegen den ehemaligen Minister. Maurizio Vezzali, Landesrat der PdL, schließt die Bildung „einer neuen politischen Kraft“ nicht aus.

Von Bozen aus startet der „Zug der Erinnerung“: 150 SchülerInnen und StudentInnen besuchen Auschwitz.

**28. Januar.** Die Fiom (Federazione Impiegati Operai Metallurgici) demonstriert in Bozen vor dem Iveco-Gebäude gegen den neuen Tarifvertrag.

Die PdL-Abgeordnete Michaela Biancofiore trifft ihre Unterstützer, welche die Partei nach dem Brief Bondis verlassen wollen. Der Abgeordnete Giorgio Holzmann kündigt an: „Wenn der Duce entfernt wird, trete ich als Abgeordneter zurück.“

**24 Gennaio.** La Giunta approva la delibera che limita la durata dei contratti dei direttori delle società pubbliche, finora quasi tutti a tempo indeterminato.

La Svp ufficializza la decisione anticipata da Brugger: il partito voterà la sfiducia al ministro Bondi, colpevole di aver sbloccato i fondi per il restauro del Monumento alla Vittoria. All'Ansa Durnwalder dichiara che il ministro, se vuole la fiducia, deve dare qualche segnale. Poche ore dopo arriva la replica di Bondi: dialoghiamo per superare le divisioni.

**25 Gennaio.** Trattative a ritmo serrato tra Bondi e la Svp in vista della mozione di sfiducia. In campo anche il capogruppo del Pdl alla Camera Fabrizio Cicchitto.

**26 Gennaio.** Lettera di Bondi a Durnwalder poche ore prima del voto di fiducia: interruzione dei lavori al Monumento alla Vittoria, via libera allo spostamento del duce a cavallo di piazza del Tribunale e dell'alpino di Brunico, ok alle targhe commemorative davanti agli ossari. La Svp esulta, il centrodestra locale protesta: il nostro governo ci ha traditi. Anche il Pd critica l'accordo. Bondi ottiene il voto di fiducia della Svp, ma i voti Svp non sono decisivi.

L'assessore Roberto Bizzo (Pd) presenta la legge sull'immigrazione: scompare l'obbligo dei tre anni di lavoro perché incompatibile con le norme nazionali. Il centro antidiscriminazioni sarà sotto il controllo diretto della Provincia. Critiche le associazioni di immigrati.

**27 Gennaio.** La lettera di Bondi diventa un caso nazionale. Contro l'ex ministro intervengono anche Alessandra Mussolini e il capogruppo del Pdl al senato Maurizio Gaspari. Il consigliere provinciale del Pdl Maurizio Vezzali ipotizza la creazione di un partito territoriale.

Da Bolzano parte il Treno delle Memorie: 150 studenti in visita ad Auschwitz.

**28 Gennaio.** La Fiom manifesta davanti all'Iveco contro il piano Marchionne.

La deputata Pdl Michaela Biancofiore incontra i suoi sostenitori che vogliono lasciare il partito dopo la lettera di Bondi. L'onorevole Giorgio Holzmann annuncia: "se tolgono il duce mi dimetto da deputato".

**29. Januar.** Filippo Forest, Gianni Cuda und Roberto Fracchetti verlassen nach dem Übereinkommen zwischen Durnwalder und Bondi den PdL.

Die neofaschistische Vereinigung CasaPound kündigt auf Facebook eine nationale Demonstration in Bozen an.

**31. Januar.** Silvio Berlusconi lädt die militanten Vertreter des PdL, die nach dem Bondi-Brief aus der Partei austreten wollen, nach Arcore ein.

## Februar

**1. Februar.** Die von der SVP geplante Wahl von Julia Unterberger zur Landtagspräsidentin scheitert am geschlossenen Widerstand der Opposition.

Die österreichische Regierung beschließt, den Brennerbasistunnel (BBT) bis 2016 mit 1,3 Milliarden Euro zu finanzieren.

**2. Februar.** Der Streit im Landesverband der Handwerker (LVH) geht weiter. Der gesamte Exekutivausschuss des LVH tritt zurück.

**3. Februar.** Der ehemalige Landtagspräsident Dieter Steger, der nach einem Urteil des Landesgerichts den Landtag verlassen musste, weil er zum Zeitpunkt der Wahl im Verwaltungsrat einer Gesellschaft mit öffentlicher Beteiligung saß, kehrt als Direktor zum Handels- und Dienstleistungsverband (hds) zurück. Beim hds muss Werner Frick, der als ehemaliger Landesrat Steger als Ressortdirektor beschäftigt hatte, diesem Platz machen.

**7. Februar.** Das Mussolini-Relief am Gebäude des Finanzamts in Bozen soll musealisiert werden – eventuell auch vor Ort. Wie diese Vorgabe am besten umgesetzt werden kann, will die Landesregierung mit einem Ideenwettbewerb herausfinden. BewerberInnen haben einen Monat lang Zeit, Vorschläge einzureichen.

Das Land Südtirol wird sich nicht offiziell an den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum der Einheit Italiens beteiligen. Dies hat die Landesregierung beschlossen. Die Nicht-Beteiligung sei allerdings in keinem Fall gleichzusetzen mit einem Feier-Verbot, so Landeshauptmann Luis Durnwalder.

**8. Februar.** In der ersten Gesetzgebungskommission des Landtages blockieren die italienischen Rechtsparteien das Toponomastikgesetz der SVP.

**29 Gennaio.** Filippo Forest, Gianni Cuda e Roberto Fracchetti lasciano il Pdl in polemica con Bondi.

Su facebook CasaPound annuncia una manifestazione nazionale a Bolzano.

**31 Gennaio.** Silvio Berlusconi invita ad Arcore i militanti del Pdl che vogliono uscire dal partito in seguito alla lettera di Bondi.

## Febbraio

**1° Febbraio.** L'elezione di Julia Unterberger a presidente del Consiglio provinciale, programmata dalla Svp, fallisce per l'ostruzionismo della minoranza.

Il Governo austriaco decide di finanziare fino al 2016, con 1,3 miliardi di euro, la Galleria di Base del Brennero (BBT).

**2 Febbraio.** La controversia interna all'Associazione provinciale dell'artigianato (APA) prosegue. L'intera Giunta esecutiva si dimette.

**3 Febbraio.** L'ex Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger, che dopo una sentenza del tribunale di Bolzano aveva dovuto abbandonare il Consiglio (perché al momento dell'elezione sedeva nel Cda di una società a partecipazione pubblica maggioritaria), torna a rivestire la carica di Direttore dell'Unione commercio turismo servizi. Werner Frick, che in veste di assessore aveva conferito a Steger la direzione del dipartimento, deve fare un passo indietro nell'Unione.

**7 Febbraio.** Il bassorilievo di Mussolini sul Palazzo degli Uffici Finanziari a Bolzano deve essere collocato in un museo – eventualmente anche in loco. Per decidere in che modo applicare la direttiva, la Giunta vuole bandire un concorso di idee. I partecipanti hanno un mese di tempo per inoltrare le proposte.

La Provincia di Bolzano non aderirà ufficialmente alle celebrazioni per il centocinquantenario dell'Unità d'Italia. A deciderlo è stata la Giunta provinciale. Tuttavia, la non adesione non sarebbe da intendere in nessun modo come un divieto di festeggiamento, rende noto il Presidente della Provincia Luis Durnwalder.

**8 Febbraio.** Nella prima commissione legislativa del Consiglio provinciale i partiti italiani della destra bloccano la legge sulla toponomastica della Svp.

**10. Februar.** Der Generalrat des LVH wählt Gert Lanz zum neuen Verbandspräsidenten. Der bisherige Präsident Walter Pichler, der die Wahl verliert, hatte einen klaren Wechsel im Verband und in der LVH-Genossenschaft gefordert, brachte im Generalrat diese Forderung aber nicht durch.

**11. Februar.** Staatspräsident Giorgio Napolitano zeigt sich in einem Schreiben an Landeshauptmann Luis Durnwalder „überrascht und betrübt“ über dessen Äußerungen zu den Feiern zum 150. Jubiläum der Einigung Italiens. In seiner Reaktion auf das Schreiben geht Durnwalder zwar nicht direkt auf die Sichtweise Napolitanos ein, versucht aber, die Argumente des Landes zu erläutern. So unterstreicht Durnwalder noch einmal, dass er vollstes Verständnis für all jene habe, die das Einheits-Jubiläum feiern wollten. Dasselbe Maß an Verständnis erhoffe er sich auch für jene, die keinen Grund zum Feiern sehen.

Der Staatsrat gibt dem Antrag des Landes auf eine Aussetzung des Urteils statt, das die Einsichtnahme in die Verträge zwischen SEL, Enel und Edison verfügt hatte.

**14. Februar.** Die Staatsanwaltschaft in Prag bestätigt Medienberichte, wonach der Meraner Publizist und Jugendarbeiter Thomas Sigmund in der tschechischen Hauptstadt in U-Haft sitzt.

**15. Februar.** Der Regionalrat verabschiedet den Gesetzesentwurf über die *Beteiligung der von den Autonomen Provinzen errichteten Räte der örtlichen Autonomien am Rechtssetzungsprozess der Region*. Dieses Gesetz erlaubt es den Gemeinden über den Rat der Gemeinden Gesetzesentwürfe direkt in die Regionalregierung einzubringen.

Südtirols Gemeinden drängen auf eine verpflichtende Abgabe zur Finanzierung der Tourismusvereine. Derzeit bezahlen die Gastbetriebe die Abgabe noch freiwillig, die Differenz geht auf Kosten der Gemeinden.

**17. Februar.** Nach zehn Jahren hat der italienische Fußballverband FIGC dem FC Südtirol die Zustimmung erteilt, seinen Vereinssitz von Brixen nach Bozen zu verlegen.

**18. Februar.** An der Freien Universität Bozen wird mit Unterstützung des Landes Südtirol ein Zentrum für Regionalgeschichte eingerichtet. Das Zentrum soll Forschung und Wissensvermittlung für alle drei Sprachgruppen betreiben.

**10 Febbraio.** Il Consiglio generale dell'Associazione provinciale dell'artigianato (APA) elegge Gert Lanz nuovo Presidente dell'Associazione. Il Presidente uscente Walter Pichler, che viene battuto alle elezioni, aveva richiesto un netto cambiamento all'interno dell'associazione e della cooperativa APA. Con le sue richieste, però, non riesce ad affermarsi nel Consiglio generale.

**11 Febbraio.** Il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano, in una lettera al Presidente della Provincia Luis Durnwalder, si mostra “sorpreso e rammaricato” per le decisioni riguardanti le celebrazioni per il centocinquantésimo anniversario dell'Unità d'Italia. Nella sua reazione alla lettera, Durnwalder non si occupa direttamente del pensiero di Napolitano, ma cerca di illustrare le motivazioni della Provincia. In questo modo, Durnwalder sottolinea ancora una volta di avere piena comprensione per coloro che intendano celebrare l'anniversario. La stessa comprensione la auspica per coloro che non trovino ragioni per festeggiare.

Il Consiglio di Stato accoglie la richiesta della Provincia di Bolzano di sospendere la sentenza che aveva disposto l'accesso ai contratti stipulati tra Sel, Enel e Edison.

**14 Febbraio.** La Procura della Repubblica di Praga conferma i resoconti dei media secondo cui il meranese Thomas Sigmund, giornalista pubblicista e attivo nel mondo giovanile, si troverebbe in carcere nella capitale ceca.

**15 Febbraio.** Il Consiglio regionale approva il disegno di legge in tema di “partecipazione dei Consigli delle Autonomie locali delle Province autonome all'attività legislativa e amministrativa della Regione”. Questa legge permette ai Comuni di presentare disegni di legge direttamente alla Giunta regionale, attraverso il Consiglio delle Autonomie locali.

I Comuni altoatesini sollecitano una tassa obbligatoria per il finanziamento delle Associazioni turistiche. Attualmente le attività alberghiere pagano la tassa in maniera volontaria, la rimanenza viene coperta dai Comuni.

**17 Febbraio.** Dopo dieci anni la Federazione italiana giuoco calcio FIGC concede al FC Südtirol il permesso di trasferire la sede dell'associazione da Bressanone a Bolzano.

**18 Febbraio.** Presso la Libera Università di Bolzano viene istituito, con il sostegno della Provincia, un centro di storia regionale. Il centro dovrà promuovere ricerche e mediazione per i tre gruppi linguistici.

Die sogenannte Schilderstreit-Kommission (Karl Rainer, Ferdinand Willeit, Guido Denicolò, Francesca De Carlini und Hugo Valentin), die nach der Übereinkunft zwischen Landeshauptmann Luis Durnwalder und Regionenminister Raffaele Fitto eingesetzt worden war, hat über 1.500 Namen verhandelt und konnte sich bis auf eine Ausnahme in allen Fällen einigen.

**21. Februar.** Von 1937 bis 1939 wurden in der Nähe der wichtigsten Grenzübergänge des Landes drei Beinhäuser errichtet: in Burgeis (1939), bei Gossensaß (1937) und bei Innichen (1939). Die hierher umgebetteten Gebeine stammen aus zum Teil auch weit entfernten Soldatenfriedhöfen Italiens. Die Ehrenmäler sind dem Gedenken der gefallenen italienischen Soldaten gewidmet, enthalten aber auch die sterblichen Überreste von österreichischen Soldaten. In Zukunft sollen die BesucherInnen mithilfe erklärender Tafeln informiert werden. Dies wurde möglich, nachdem Kulturminister Sandro Bondi im Jänner Landeshauptmann Durnwalder verschiedene Zusagen zur Entschärfung der faschistischen Denkmäler in Südtirol gemacht hatte.

Ohne detaillierte Finanzierungsvereinbarung des Brennerbasistunnels ist die ÖBB nicht bereit, das Unternehmen einem unzumutbaren Risiko auszusetzen.

**22. Februar.** Der Landessozialausschuss der SVP bestätigt Christoph Gufler als SVP-Arbeitnehmerchef. Als Arbeitsschwerpunkte sieht Gufler die IRPEF-Senkung, die Familienförderung, Zusatzrente und Abfertigung, den Wohnbau und den Verbraucherschutz.

**23. Februar.** Nachdem die beiden SVP-Senatoren Helga Thaler Außerhofer und Manfred Pinzger aufgrund von Streitigkeiten mit der UDC angekündigt hatten, im Senat eine eigene Fraktion zu gründen, rudert Pinzger wieder zurück: Es habe mit Fraktionssprecher Gianpiero D'Alia (UDC) ein klärendes Gespräch gegeben, das Projekt einer neuen Fraktion sei deshalb hinfällig.

**24. Februar.** Die Bewerbung des Nordosten Italiens – inklusive Südtirol – als Europäische Kulturhauptstadt 2019 nimmt konkrete Formen an. Die sechs Partner haben in Bozen das Bewerbungskomitee aus der Taufe gehoben und damit den Startschuss zur operativen Phase der Bewerbung gegeben.

Laut Eurostat gehört Südtirol wieder zu den 25 reichsten Regionen Europas. Erstmals seit Einführung dieser jährlichen Erhebung im Jahr 2003 hat Südtirol ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als die Lombardei.